



Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.50 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlandsverkehr 1.65 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 10 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg Kreis Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Bismarck-Druckerei Filiale Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Im Anzeigenblatt bis einschließlich 16 mm breite Zeilen 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 3 Pf.; im Tagblatt bis 10 mm breite Zeilen 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenen Tarifen. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Restausgaben oder wenn gerichtliche Weisung notwendig wird, fällt jede Nachdruckgenehmigung weg. — Druck: Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 24. Tel. 479. — Wohnung: Villa Subertus

Bottschaft aus Paris

Francis-Boncelts Besuch beim Führer — „Die Hände bleiben ausgestreckt“

Am 18. Mai ds. Js. trafen in Krakau anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für Marschall Pilsudski Ministerpräsident General Göring und der französische Außenminister Laval zusammen. Es fand bei dieser Gelegenheit zwischen beiden eine Aussprache statt, „in deren Verlaufe — wie es in den Pressemitteilungen seinerzeit hieß — alle zwischen den beiden Völkern zur Debatte stehenden Fragen mit großer Offenheit behandelt wurden.“ Zeitungsleuten gegenüber hat Laval sich damals über den Verlauf dieser Unterredung sehr befriedigt geäußert.

Seitdem hat eine unmittelbare Fühlungnahme maßgebender politischer Stellen der beiden Völker miteinander nicht wieder stattgefunden, bis jetzt der französische Botschafter Francis-Boncelt in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen vom Führer und Reichskanzler empfangen wurde. Es wäre ein vergebliches Bemühen, die Bedeutung dieses Besuches verkleinern zu wollen. Dazu ist die Frage, wie die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich schließlich gestalten werden, von viel zu großer Bedeutung. Laval hat von ihnen einmal gesagt: „Die französisch-deutsche Annäherung ist kein politisches Problem, sondern eine Frage, von der das Heil der Zivilisation abhängt.“ Auch wenn es deutsche Art sein mag, die Dinge mit etwas weniger Pathos und dafür mehr in ihrer nüchternen, realpolitischen Bedingtheit zu sehen, wird man doch zugeben müssen, daß die Spannungszustände, die immer wieder die politische Atmosphäre Europas erfüllen, nicht beseitigt werden können, solange das Verhältnis zwischen den beiden großen Kulturvölkern des Festlandes, Deutschen und Franzosen, nicht auf die Grundlage verständenden Miteinanderlebens gebracht ist.

Frankreich ist immer von einem uns rätselhaft erscheinenden Mißtrauen gegen Deutschland erfüllt. Es hat in diesem Augenblick keinen Sinn, den psychologischen Ursachen der Furchtkomplexe des französischen Volkes nachzuspüren. Es ist wichtiger, darauf hinzuweisen, daß keine deutsche Regierung öfter und nachdrücklicher ihren Friedenswillen gegenüber Frankreich betont hat, als die gegenwärtige. Der Führer hat wiederholt in feierlichster Form erklärt, daß nach der Rückgliederung des Saarlandes Gebietsfragen als Streitobjekt zwischen den beiden Ländern nicht mehr vorhanden sind. Das sollte in Paris eigentlich genügen, um die durch nichts gerechtfertigte Sorge vor angeblichen deutschen Angriffsabsichten zu zerstreuen.

Aber es ist richtig, daß man über eine Reihe grundsätzlicher politischer Dinge am Quai d'Orsay anders denkt als in der Wilhelmstraße, und daß über sie, die zum Teil für das ganze Gebäude der europäischen Politik recht wesentlich sind, eine Uebereinstimmung bisher nicht erzielt werden konnte. Man soll auch nicht glauben, daß eine Aussprache wie sie jetzt stattgefunden hat, und die, nach der amtlichen Mitteilung, die allgemeine politische Lage, also wohl alle diese Einzelfragen, behandelte, nun auch schon zu ihrer Lösung führen kann. Die internationalen Probleme wollen außerordentlich behutsam und vorsichtig angefaßt werden, und man darf nicht hoffen, anders als schrittweise ihnen beizukommen, namentlich wenn von der einen Seite in der bisherigen Praxis Festlegungen durch die Schaffung von Tatsachen versucht wurden, die die Herausbildung einer gemeinsamen Linie nicht gerade erleichtern. Die französische Presse nennt eine Reihe der in der Begegnung zwischen dem Führer und Francis-Boncelt erörterten Themen: den französisch-sowjetrussischen Vertrag, die deutschen Rüstungen, Oesterreich, das Verhältnis zum Völkerbund und die Frage des Wiedereintritts Deutschlands in das, was man in Paris „internationale Zusammenarbeit“ nennt, den Gegensatz zwischen der deutschen und französischen Auffassung von den besten Mitteln zur Wahrung der europäischen Sicherheit usw. Man wird annehmen dürfen, daß diese Aufzählung im ganzen richtig ist.

Daraus ergibt sich aber schon, worin die Bedeutung der Unterredung gelegen hat. Es ist immerhin eine wichtige Etappe auf dem Wege zu einer schließlichen deutsch-französischen Verständigung, wenn man all diese Fragen, in denen sicherlich mancherlei Schwierigkeiten beschloßen liegen, zu diskutieren anfängt. Das amtliche Communiqué hob den „freundschaftlichen Geist“, in dem die Unterredung stattgefunden hat, und den „guten Willen“ der beiden Regierungen hervor. Auf diese Grundstimmung sind im allgemeinen, wenn man von dem immer pessimistischen Bertinax absieht, auch die Pariser Kommentare gestellt. Und auch wenn sie als Endergebnis nur feststellen zu können glauben, daß „die Hände beiderseits ausgestreckt bleiben“, so ist damit doch eben ein Kontakt hergestellt, eine Brücke, auf der die Ideen, die Anregungen, vielleicht eines Tages Träger aktiver politischer Willens hinüber und herüber verkehren können. Es ist falsch, wenn es in Paris immer so dargestellt worden ist, als isolierte Deutschland sich gescheitert von der internationalen Zusammenarbeit. Die Hände sind von deutscher Seite mehr als einmal ausgestreckt worden. Aber in Frank-

reich scheint man sich, sie zu ergreifen. Daß das jetzt anders geworden ist, berechtigt zu einigen Hoffnungen. Noch liegt mancherlei Geßtrüpp auf dem Wege, das beseitigt geräumt werden muß. Aber daß das zu geschehen hat, darüber scheint doch auch in Paris jetzt kein Zweifel mehr zu bestehen.

Genf, 23. Nov. Das „Journal de Geneve“ widmet der deutsch-französischen Aussprache, die es als einen erfreulichen, wenn auch bescheidenen Anfang betrachtet, einen Leitartikel. Zu der französischen Meldung, wonach der französische Botschafter erklärt haben soll, daß der Pakt mit Rußland gegen kein anderes Land gerichtet sei, schreibt das Blatt u. a.: „Deutschland weiß aus Erfahrung, was die bolschewistische Freundschaft bedeutet. Es hat in der Vergangenheit die Kativität bezeugt, sich für hart genug zu halten, um ohne Gefahr die Zärtlichkeit der Sowjets zu ertragen. Daraus hat sich eine nationale Ferkelung ergeben, die es in den Abgrund hätte führen können, wenn es sich nicht rechtzeitig wieder aufgerafft hätte. Deutschland weiß, was von den Moskauer Versprechungen zu halten ist. Wenn es Frankreich Schleiches wünscht, so wird es seinen Segen zu der Verbindung des ungleichen Paares geben, in der Gewissheit, daß das bolschewistische Gift in absehbarer Zeit den politischen Zerfall seines Gegners herbeiführen wird. Das hat übrigens schon angefangen. Man muß die Lage sehen wie sie ist. Wenn eine wirkliche deutsch-französische Annäherung erfolgen soll, so muß der französisch-russische Fikt aufhören. Die deutsch-französische Annäherung liegt im Interesse von ganz Europa. Der alte Groll zwischen den beiden Staaten lastet schwer nicht nur auf ihnen, sondern auf allen anderen. Die Unruhe, die sich für die Zukunft aus den Spannungen zwischen Paris und Berlin ergibt, verhindert die Wiederherstellung des Vertrauens. Andererseits, bei der Erledigung der Saarfrage den Beweis erbracht, daß ein Gegensatz zwischen Paris und Berlin aus der Welt geschafft werden kann; warum soll man auf diesem richtigen Wege nicht weiterfahren?“

Paris, 23. Nov. Der Unterredung schreibt der „Temps“ große Bedeutung zu, warnt aber vor übereiligen Schlüssen. „Man könne nur bedingt sein darüber, daß eine Aussprache zwischen dem Führer und dem französischen Botschafter sich in freundschaftlichem Geist abwickelte und den guten Willen beider Regierungen zeige. Aber man müsse sich hüten, daraus zu schließen, daß nun bereits eine große deutsch-französische Verhandlung eingeleitet sei und daß sich eine neue Tatsache von grundlegender Bedeutung in der internationalen Lage ergebe.“

Dr. Göbbels sprach in Kassel

Kassel, 23. Nov. Eine einzigartige Kundgebung, die in ihrer Größe und Geschlossenheit ein bereites Zeugnis von der Stärke und Geschlossenheit des Nationalsozialismus ablegte, fand am Freitagabend in den weiten Räumen der Kurheishalle in Niederwehren bei Kassel statt. Reichsminister Dr. Göbbels sprach zum erstenmal nach der Machtübernahme zu der kurhessischen Bevölkerung. Ueber 25 000 deutsche Volksgenossen hörten dabei die richtungweisenden Ausführungen des Ministers. Immer wieder durchbrausten Begeisterungstürme die bis auf den letzten Platz gefüllte Kurheishalle und unterstrichen so die Ausführungen des Redners.

Nach kurzer Begrüßung durch den Gauleiter Heinrich betrat Dr. Göbbels die Rednertribüne. „Politik ist die Kunst, mit allen geeigneten Mitteln die Interessen eines Volkes zu vertreten“, so begann Dr. Göbbels seine Ausführungen. Er gab dann einen Rückblick auf die Zeit des vergangenen Systems, in dem niemals die Interessen der Gesamtheit vertreten wurden, sondern immer nur die Interessen eines Teiles gegen die der übrigen. So sei schließlich alles verwirrt worden. Es sei zwei Minuten vor zwölf gewesen, als der Nationalsozialismus die Macht ergriffen habe. Da hätten die Probleme den Männern der neuen Regierung unter den Ainaerndeln abgebrannt.

Kurze Tagesübersicht

Am Samstag wurde das Urteil im Devisenprozeß gegen den Bischof von Meissen verkündet, wobei der Bischof zu 100 000 RM. Geldstrafe verurteilt wurde.

Nach dem Rücktritt der bulgarischen Regierung am Samstag wurde vom König am Nachmittag ein neues Kabinett ernannt.

Zu einer Aussprache über die Direktorienbildung wurde der Memelländische Landtag am 28. November einberufen.

Anlässlich einer politischen Großkundgebung ist die erste Reichsschulungsburg Erwitte in Westfalen von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley geweiht worden.

Auf dem abessinischen Kriegsschauplatz werden die Italiener durch Nachtangriffe der Abessinier schwer beunruhigt.

Weitere Nachrichten belegen, daß die gesamte Bevölkerung Dgadens sich freiwillig Italien unterworfen habe.

Sie mühten handeln, ohne noch lange zu zaudern und zu überlegen. Es müßte sofort etwas getan werden, auch auf die Gefahr hin, daß dieser oder jener Fehler dabei gemacht wurde. Es gebe freilich Medeter, die selbst nichts tun, sich aber eben darum erboften, wenn andere etwas täten. Diese hätten zu allerletzt das Recht zur Kritik.

„Während die Welt immer mehr in Unruhe verfinstert, während Streiks, Revolutionen und Kriege die Welt durchtoben“, so konnte Dr. Göbbels unter dem stürmischen Beifall der Versammlung feststellen, „ist Deutschland zu einer Insel der Disziplin und Ordnung, des Friedens und der Arbeit geworden.“

Dr. Göbbels würdigte dann die Verdienste der Alten Garde, der „Meinen Hitler“, an all dem was bisher erreicht worden ist. Der Nationalsozialismus sei eine Sache der inneren Ernstlichkeit. Es sei keine politische Lehre, sondern eine Weltanschauung, die alle Dinge von einem bestimmten Gesichtspunkt aus ansehe. „Der Nationalsozialismus ist keine Angelegenheit der Bücher, sondern eine Sache der Praxis, eine Lehre für das Leben. Und darum ist die Partei die einzige Hüterin des politischen Lebens. Aus ihr allein werden in Zukunft die politischen Führer der Nation hervorgehen.“

Wer Geschichte machen wolle, dürfe sich auch nicht an den Aengsten der Spießer stoßen. Er müsse die Nation zu einheitlicher Stofkraft zusammenrassen, um ihre Interessen vertreten zu können. Mit Sentimentalität könne nicht Weltpolitik gemacht werden. „Uns geht es nicht um die Interessen Italiens oder Abessinens, sondern allein um die Interessen unseres eigenen Volkes.“

Der Minister behandelte dann das Verhältnis von Armee und Partei, die beide ganz verschiedene Aufgaben nach außen und nach innen hätten. Die Armee wirke nach außen genau so friedenserhaltend wie die Partei nach innen — allein durch ihr Dasein.

Darauf wandte sich Dr. Göbbels einigen aktuellen Fragen zu und erläuterte zunächst das Problem der politischen Taktik. Es gelte nicht nur das Richtige zu tun, sondern dafür auch den richtigen Moment abzuwarten. Der Minister gab ein Bild von der Unsumme von Sorgen und Mühen, die mit der Wiedereingliederung der fünf Millionen Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß und anderen Taten der Regierung verbunden waren. Es sei unfair, die Ergebnisse dieser Taten nun als Selbstverständlichkeiten entgegenzunehmen, um dann an Kleinigkeiten herumzukritikieren. In diesem Zusammenhang kam Dr. Göbbels auch wieder auf die augenblickliche Knappheit an Butter und Schweinefleisch zu sprechen und fertigte mit beider Ironie jene kleine Zahl von Kritikastern ab, die nicht bereit seien, auf etwas Butter zu verzichten und dadurch hungernden Erwerbslosen wieder zu Arbeit und damit zu Brot zu verhelfen. Wenn manche heute fragen, wer denn alles das bezahlen: die Autobahnen und die großen Bauten, die Wehrpflicht und die Arbeitsdienstpflicht, so gab Dr. Göbbels unter stürmischem Beifall die Antwort: „Das bezahlen wir alle, indem jeder sich etwas einschränkt. Wenn wir uns andere Völker ansehen, die heute um die Interessen der Nation willen viel größere Opfer auf sich nehmen, dann müssen die Klagen um Butter und Schweinefleisch schnell verstummen.“

Zur Außenpolitik gab Dr. Göbbels zu bedenken, was heute aus uns geworden wäre, wenn der Führer nicht jene zwei entscheidenden außenpolitischen Entschlüsse gefaßt hätte, den Austritt aus dem Völkerbund und die Proklamierung der Wehrfreiheit. Wir wären ein Spielball in den Händen der anderen.

Kurz nach Mitternacht traf Reichsminister Dr. Göbbels dann mit dem Gauleiter Staatsrat Heinrich vor dem Adolf-Hitler-Haus ein, wo sich außer der Generalität Vertreter der Behörden mit dem Oberpräsidenten an der Spitze und Vertreter der verschiedenen Parteigliederungen eingefunden hatten. Auch hier brachte die zahlreiche Volksmenge dem Minister eine außerordentliche Huldigung dar. Der Minister nahm dann den von den verschiedenen Gliedern der Partei gebildeten Zuletzug ab.

Zwei Jahre NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“

Rückblick und Ausblick

Am 27. November jährt sich zum zweiftenmal der Tag, an dem Adolf Hitler die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ ihrer Bestimmung übergab. Dieses von der nationalsozialistischen Bewegung und der Deutschen Arbeitsfront geschaffene Werk ist noch jung an Jahren, und doch ist es ihm in der kurzen Zeit seines Bestehens gelungen, viele Millionen deutscher Menschen zu einer fest verbundenen Gemeinschaft zusammenzuschließen.

Man braucht nicht im Rahmen der „Kraft-durch-Freude“-Jahren die Schönheiten einer Nilkreuzreise genossen, braucht nicht am sonnigen Oststrand gewiegt oder sorglose Winter-Urlaubstage in Thüringens versteinerten Wäldern verbracht zu haben, um Sinn und Wert dieser Einrichtung ermessen zu können: Die NSG. „Kraft durch Freude“ erfaßt den schaffenden deutschen Menschen nicht nur wäh-

rend froher Feiertunden, sie erfasst ihn auf seinem Arbeitsplatz, erfasst ihn bei Spiel und Sport, vermittelt ihm die Kultur- und Geistesgüter unseres Volkes. „Kraft durch Freude“ gibt der deutschen Arbeit innerlich starke und gesunde Menschen und schlägt darüber hinaus wertvolle wirtschaftliche Brücken zu dem großen Werk der Arbeitsbeschaffung.

Dem Amt „Reisen, Wandern und Urlaub“ ist es gelungen, bis zum 1. Juli dieses Jahres etwa drei Millionen deutscher Männer und Frauen Urlaubsjahrten im Reich und 140 000 Seefahrten zu ermöglichen. Wenn man durchschnittlich nur 15 Mark errechnet, die jeder Teilnehmer am Urlaubsort verbraucht, so ergibt sich eine Summe von rund 25 Millionen Mark, die in den Wirtschaftskreislauf des Fremdenverkehrs geleitet wurde. Stärker noch als bisher sollen in Zukunft landschaftlich schöne Urlaubsgebiete zu Reisezielen aussersehen werden.

Das Sportamt meldete zu gleicher Zeit eine Teilnehmerzahl von mehr als 2 020 000 Menschen, die an 210 000 Uebungstunden teilnehmen. Abgesehen von der Beschaffung der zur Durchführung dieser Sport- und Spielstunden nötigen Geräte und technischen Mittel fanden noch über 1300 sachlich geprüfte Sportlehrer Arbeit und Brot.

Das Amt „Schönheit der Arbeit“ hat sich die Schaffung schöner und würdiger Arbeitsplätze zum Ziel gesetzt. Durch seine Vermittlung sind bis zum 1. Juli dieses Jahres ungefähr 125 Millionen Mark für Verbesserungen in den Betrieben aufgewendet worden, eine Summe, die zahlreichen Handwerkern und Arbeitsleuten zugute gekommen ist.

Dass durch die Kultur- und Kunstveranstaltungen der NSG. „Kraft durch Freude“ zahlreiche Schauspieler, Musiker und andere Künstler, die lange Jahre der Arbeitslosigkeit hinter sich hatten, wieder Beschäftigung und Auskommen gefunden haben, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. In Berlin allein haben mehr als eine Million schaffender Menschen die Gelegenheit wahrgenommen, sich langentbehrte Kunstgenüsse durch die Vermittlung der NSG. „Kraft durch Freude“ zu verschaffen. Dieser Winter wird mehr noch als bisher Kunst- und Kulturabende bringen.

Dieser Winter wird auch mehr noch als bisher die schaffenden Menschen hinausführen in die Schönheiten deutscher Landschaften. So sollen 137 „Kraft-durch-Freude“-Urlaubserzüge während der nächsten Monate in die Wintersportgegenden Deutschlands führen. In der Woche von Weihnachten bis Neujahr herrscht Hochbetrieb: nach Oberbayern und dem Harz, nach dem Erzgebirge, der Rhön und dem Riesengebirge. Die Reisen sollen bis in den Februar hinein dauern. Den Urlaubern aber, die sich während der Zeit der Winterolympiade in Oberbayern befinden, steht eine besondere Freude bevor. Sie können in einer Tagesfahrt nach Garmisch-Partenkirchen reisen und als Zuschauer an den Olympischen Winterspielen teilnehmen.

Wer je eine „Kraft-durch-Freude“-Reise mitgemacht hat, weiß, daß für Unterkunft, Verpflegung und in diesem Falle auch für Sportmöglichkeiten bestens gesorgt ist. Die Fahrten sollen auch diesmal wieder je eine Woche dauern. Wer 39,50 Mark übrig hat, kann eine ganze Woche lang in Oberbayern leben — Eisenbahnfahrt, gute Verpflegung, gutes Quartier und alles, was dazu gehört, eingerechnet.

Wie die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ zwei Jahre lang Millionen Menschen gemeinsame Freude am Glück des Lebens vermittelt, so wird sie auch weiterhin ihre Aufgabe darin sehen, schaffenden deutschen Volksgenossen die Wege zu den Schönheiten der Natur und der Kunst, zu Erholung, Entspannung und geistigem Fortschritt zu erschließen.

Urteil im Devisenprozeß gegen den Bischof von Meißen

100 000 RM. Geldstrafe für den Bischof

Berlin, 24. Nov. Im Devisenprozeß gegen den Bischof von Meißen verkündete am Samstag der Vorsitzende der Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts das Urteil. Der 53jährige Bischof von Meißen, Dr. Peter Legge, erhielt wegen fahrlässigen Devisenvergehens eine Geldstrafe in Höhe von 100 000 RM. Davon gelten 40 000 RM. als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Im Nichtbeteiligungsfall tritt anstelle der Geldstrafe eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Der Bruder des Bischofs, der 46jährige Generalsekretär beim Akademischen Bontzhaus-Verein für das katholische Deutschland

in Paderborn, Dr. Theodor Legge, wurde wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Devisenvergehens zu insgesamt fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 70 000 RM. Geldstrafe bzw. weiteren 35 Tagen Zuchthaus verurteilt.

Der 47jährige Generalvikar Domherr Professor Dr. Wilhelm Soppa erhielt wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Devisenvergehens drei Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und 70 000 RM. Geldstrafe bzw. weitere 35 Tage Zuchthaus.

Bei Dr. Theodor Legge und dem Angeklagten Soppa wurden acht Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Außerdem ordnete das Gericht die Einziehung von 95 000 holländischen Gulden-Obligationen des Bistums Meißen an, das für diesen Betrag für die Geldstrafe gegen den Bischof von Meißen und Dr. Soppa die Mithaftung übernehmen soll.

Die 25jährige Angeklagte Auguste Klein aus Paderborn, die vom Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden war, wurde wegen Begünstigung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Durch diesen Schuldspruch, der den Bischof von Meißen zu der Strafe von 100 000 RM. verurteilt, wird die feierliche Unschuldserklärung, die der Bischof in der Sitzung des Gerichts mit überlauter Stimme als Schlusswort abgab, als falsches Pathos entlarvt. Er nahm wohl an, mit diesem theatralischen Auftreten seine Unschuld vor aller Öffentlichkeit glauben machen zu können. Das Gericht hat gesprochen. Seine objektiven Feststellungen setzen die Glaubenswürdigkeit des Bischofs vor allem in seinen pathetischen Schlussworten in ein klares Licht.

Die Urteilsbegründung

Sofort nach dem Urteil ergriff der Vorsitzende das Wort zur ausführlichen Urteilsbegründung. In ihr werden mit klaren Worten die Unschuldserklärungen des Bischofs während der ganzen Verhandlungen und besonders in seinem Schlusswort widerlegt. Die Ausführungen des Vorsitzenden bringen den klaren Beweis, daß der Bischof über die wichtigsten devisentechnischen Vorgänge unterrichtet worden ist, womit seine Behauptung, er wisse nichts von geschäftlichen Dingen, sich als unwahr erweisen hat.

Der Vorsitzende schilderte zunächst die Anleiheaktion des Bistums Meißen in Holland zusammen mit den Tilgungsverträgen, worüber das Bistum auch mit der Devisenstelle in Dresden in Verbindung getreten war, von dort aber belehrt wurde, daß der bisher eingeschlagene Weg nicht mehr zulässig sei. Die Devisenstelle hat damals seinen Vorschlag gemacht, auf legale Weise die Tilgung durchzuführen, doch hat das Bistum davon keinen Gebrauch gemacht, weil es zu kostspielig gewesen wäre.

Der Vorsitzende wies weiter darauf hin, daß der Gedanke der Tilgung dennoch nicht rahte, sondern im Dezember 1933 in den Ordinariatssitzungen behandelt wurde, an denen regelmäßig der angeklagte Bischof und der Generalvikar teilnahmen. Am 21. Dezember 1933 wurde vom Bischof angeordnet, daß alle verfügbaren Gelder zum Zwecke des Ankaufs gesammelt und auf einem besonderen Bankkonto in Waagen angelegt würden.

Nachdem am 25. Dezember 1933 der Mitangeklagte Dr. Soppa vom Bischof zum Generalvikar des Bistums Meißen ernannt wurde, hat laufend über die Tilgung schriftlich und mündlich ein Meinungsaustausch zwischen dem Bischof, Dr. Theodor Legge und weiterhin auch Dr. Hofius stattgefunden. Dabei sind sich im Laufe der Zeit insbesondere Dr. Theodor Legge und Dr. Hofius darüber klar geworden, in welcher Form man mit Hilfe von Reichsmark-Obligationen im Auslande auskaufen sollte. Auch der angeklagte Bischof ist von diesen Auskäufen weiterhin unterrichtet worden in Gesprächen, die er mit seinem Generalvikar geführt hat.

Es haben sodann von Ende Januar 1934 bis etwa zum 5. April 1934 zur Tilgung Ueberweisungen in Höhe von 180 000 RM. nach Münster an die Hofius-Bank bzw. die Akademische Bontzhausvereinigung in Paderborn stattgefunden. Wie die Beweisaufnahme ergeben hat, sind diese Gelder in Höhe von 140 000 RM. von Münster aus nach Holland hinübergeschafft worden, und für dieses Geld wurden dann in Holland Obligationen aufgekauft. Die Ausfuhr des Geldes nach Holland hätte der Genehmigung der zuständigen Devisenstelle unterlegen und stellt deshalb eine strafbare Handlung nach Paragraph 12 der Devisenverordnung von 1932 dar.

In der Frage, welche Kenntnis der inneren Vorgänge bei der Ueberführung des Geldes nach Holland bei den einzelnen Angeklagten vorlag, hat die Kammer in folgender Weise entschieden: Was den Angeklagten Dr. Theodor Legge anlangt, so ist er derjenige gewesen, der über die Absichten des Dr. Hofius, das Geld in Barbeträgen von Münster nach Holland hinüberzuschaffen, zuerst eingehend unterrichtet worden ist. Es mag sein, daß

Dr. Theodor Legge und Dr. Soppa dem Dr. Hofius zunächst vertraut haben, er werde auf einem legalen Wege vorgehen. Nach der Ueberzeugung des Gerichts muß Dr. Theodor Legge spätestens etwa Mitte Februar 1934 in den wahren Sachverhalt, daß sie mit dem Gesetz in Konflikt kommen, eingeweiht gewesen sein. Von diesem Zeitpunkt an hat er selbst darauf gedrängt, daß Geld beschafft werde, und er hat in seiner Vernehmung gesagt, daß ihm die ganze Aktion unheimlich war. Auch habe Dr. Hofius mit Rücksicht auf die Marktentwertung, mit der er rechnete, zur Eile gedrängt. Da mußte sich Dr. Theodor Legge sagen, daß Dr. Hofius das Geld ins Ausland verschoben wolle. Diese Einsicht konnte und mußte er nach seiner ganzen geistigen Befähigung und Begabung haben. Daß er Bescheid gewußt hat, spricht auch aus der Art und Weise, wie die einzelnen Beträge im Wege der Tarnung überwiesen wurden.

Das Gericht hat auch nicht den geringsten Zweifel, daß die Hin- und Herüberweisungen zum Zwecke der Tarnung mit Dr. Hofius besprochen worden waren. Dr. Hofius erhielt damals 100 000 RM., ein Darlehen des Bistums bei der Universum-Bank.

Die Gelder waren bis spätestens zum 9. April 1934 ins Ausland geschickt. Wenn Dr. Theodor Legge bei seiner Vernehmung erklärt hat, er habe erst zu diesem Zeitpunkt erfahren, daß mit den Geldern etwas Ungelegliches geschehen sei, so glaubt ihm das Gericht überhaupt nicht. Die Kammer hält vielmehr für einwandfrei erwiesen, daß Dr. Legge über das Hinausschaffen der gesamten 140 000 RM. unterrichtet war. Er hat diese ungesetzliche Handlung auch in seinem Willen aufgenommen und war daher als Mittäter zu bestrafen, wenngleich er auch selbst nicht der Ueberbringer gewesen ist.

Auch der mitangeklagte Generalvikar Dr. Soppa mußte erkennen, daß Geld ins Ausland verschoben wurde. Er ist derjenige gewesen, der über die ganzen finanziellen Transaktionen im Bistum Meißen im Bilde war. Er hat mit der Devisenstelle in Dresden über den außerplanmäßigen Verkauf von Obligationen verhandelt, und ihm sind die amtlichen Bescheide zugegangen. Er kannte die Einstellung der Behörde zu den offensichtlich von Dr. Hofius angeregten Plänen. Dr. Soppa kann sich nicht damit herausreden, daß er angeblich erst in der Nacht vom 6. zum 7. April 1934 bei seinem Besuch des Dr. Theodor Legge in Paderborn von den Schließungen Kenntnis erhalten hat, denn er hatte ja diese Reise mit der besonderen Beweisanzeige angetreten, über die Anleiheangelegenheit mit Dr. Theodor Legge zu verhandeln. Noch weniger kann er sich darauf berufen, daß er die Dinge nicht übersehen habe.

Dr. Soppa hat nach der vollen Ueberzeugung des Gerichts die Vorgänge einwandfrei übersehen. Das ergibt sich auch aus der beschlagnahmten Korrespondenz. Auch Dr. Soppa ist daher nach der Ueberzeugung des Gerichts als Mittäter bei dem Vergehen gegen Paragraph 12 des Devisengesetzes schuldig zu sprechen, wenn er auch nicht unmittelbar bei der Hinausbringung des Geldes beteiligt war.

Zur Schuldfrage des Bischofs Dr. Peter Legge übergehend, stellte der Vorsitzende folgendes fest: Dem Bischof war bei seinem Amtsantritt die schlechte finanzielle Lage seiner Meißener Diöcese bekannt. Das gibt er zu, und das wird auch von anderer Seite bestätigt. Diese finanziellen Nöte haben ihm ernstlichen Kummer bereitet. Nach dem persönlichen Eindruck, den das Gericht von dem angeklagten Bischof gewonnen hat, glaubt es ihm, daß er bis zur Ernennung zum Bischof von Meißen seine Hauptkraft auf die Seelsorge gerichtet hat. Er hat sich dann aber, wenn auch notgedrungen, mit den finanziellen Dingen beschäftigt. Insbesondere hat er sich die Aktien über die holländische Anleihe geben lassen, um sich darüber zu unterrichten. Bereits im Dezember 1933 traf er eine Anordnung für die Errichtung eines Fonds zur weiteren Tilgung der holländischen Anleihe. Ihm sind nach der Ueberzeugung des Gerichts die Verkaufsbearbeitungen der Devisenstelle in Dresden hinsichtlich des Weges zur Tilgung der Auslandsanleihe bekannt gewesen.

Es konnte ihm nicht widerlegt werden, daß er den wirtschaftlichen Dingen fremd gegenüberstand und daß an ihn ein Plan herangetragen worden ist, wonach das zur Schuldentilgung bestimmte Geld im Inland verbleiben sollte. Diese Behauptung war auf Grund der Beweisaufnahme nicht zu widerlegen. Inwieweit ihm von seinem Bruder Dr. Theodor Legge und Dr. Soppa Mitteilungen gemacht worden sind, läßt sich einwandfrei nicht feststellen.

Zurückweisung der Unschuldsbetuerung

Wenn der Bischof in seinem Schlusswort in einer besonders feierlichen Form erklärt hat, daß er sich unschuldig fühle und daß er unschuldig sei, so folgt ihm das Gericht hierin in keiner Weise. So bestehen erhebliche Verdachtsmomente, daß er vielleicht mehr gewußt hat, als ihm nachgewiesen werden konnte. Es liegt auch die Erwägung nahe, daß er sich mehr um die Dinae gekümmert

Der letzte Junker von Rothenburg

Roman von Paul Hain.

Nachdruck verboten

„Verstanden, Kunz? Kein Haar wird dem Bärbele gekrümmt! Oder du hast den letzten Schluck Wein getrunken! Bärbele bleibt! Ohne ihren Willen hat das Kloster sie nicht aufzunehmen. Dein Wille aber ist nichts als — eine Gemeinheit. Ich bin morgen wieder hier — seh' nach dem Rechten! Hüte dich!“

Er zog Bärbele an sich.
„Und du — Mädel — wirst tapfer sein —“
Sie nickte ihm innig zu.
„Keine Angst, der Junker Jörg wacht über dich! Und das ist ebenfogut, als täte es der Herrgott im Himmel.“

Er dämpfte die Stimme.
„Morgen abend im Rosengrund, Bärbele — wo wir Abschied nahmen und du mir die Rosen an den Helm stecktest. Ein Winter liegt dazwischen — und neue Rosen blühen.“
Sie antwortete nicht. Das Glück machte sie stumm.
„Es bleibt dabei!“ sagte er laut. „Und nun — auf morgen!“ Kunz, denkt an meine Worte!“
Er verließ das Haus. — —

Graf Siegbert von Beveging, eine reckenhafte Erscheinung, aber vom Alter schon körperlich geschwächt, wandte langsam den Kopf, als er die Worte hörte:

„Jörg kommt den Berg herausgeritten mit seinen Troßbüchsen.“

Der alte Beveginger griff nach dem Eichenstock neben dem holzgeschnitzten Sessel, in dem er saß. Strich mit einer hastigen Bewegung über die Stirn, von weissem Haar umrahmt. Buchete sich schwer aus dem Stuhl, sich auf den Stock stützend.

Walter von Beveging, der Erbe, stand in der Tür. Eine durch träge Lebensweise schon füllig gewordene Gestalt. Alles an ihm war weich und weichlich. Selbst die Kleidung. Seine Augen hatten etwas Bauerndes, Stechendes. Der

Mund war frauenhaft weich. In diesem fehlte selbst der geringste Zug, der von männlicher Energie erzählt.

Graf Beveging blickte kühl zu ihm hinüber. Eben hatte dieser das stille Arbeitszimmer des Vaters betreten und mit einer bei ihm seltsamen Erregung jene Worte gerufen, die den Grafen aufstehen ließen.

„Jörg kommt?“
Der Beveginger lächelte leicht. Jörg — ja, das war ein anderer Schlag als — Walter! Wenn er nur nicht so wenig für den Adel übrig hätte, sich nicht dauernd durch sein Eintreten für das Bürgertum bloßstellen wollte. Aber trotzdem: Jörg kam — und der alte Beveginger war dessen froh!

„Gut, Walter —“
Vom Turm am Burgtor schmetterte der Wächter klingendes Signal über das Tal. Es klang jubelnd in das Band hinaus. Die Zugbrücke glitt rasselnd über den Burggraben.

Jörg winkte mit hocherhobenem Schwert.
Klirrend ritt der Trupp über die Brücke. Aus den Befestigungshäusern stürzten Knechte und Mägde. Die Doggen, die an der Kette lagen, Jörgs Lieblingshunde, zwei mächtige Tiere, weiß-schwarz gefleckt, mit blutroten Mäulern, sprangen wie besessen hoch. Ein Zeichen des Junkers mit der Hand — die Doggen flogen wie von einer Sehne geschleift von der Kette gelöst auf ihn zu.

Er sprang vom Pferde.
Nachend stand er mitten unter dem Hofgesinde, verteilte Händebrücke, selbst die geringste Kleinmagd bekam einen Gruß ab, daß sie sich errötele.
„Zu Hause —“ rief er und ließ den Blick über die vermittelten neuen Mauern und Zinnen ringsum gleiten.

„Reute — schön war's draußen — schöner noch ist's hier! Haut' habt Ihr einen lustigen Tag. Der Kellermeister soll nicht knausern — wo steckt er überhaupt, der alte Bevekinger?“

„Hier — Herr Junker!“
Eine lachende Bassstimme rief aus dem Hintergrund.

Das war Bevekinger, ein grauhaariger, kugelrunder Mann mit rosigem Weingeficht, oben aufgetaucht — schnurstracks war er in den Keller gelaufen, als der Junker über die Zugbrücke ritt. Nun schwang er einen mächtigen zinkernen Humpen in der Faust, vollgefüllt mit edlem altem Frankwein.

„Herr Junker — den ersten Trunk auf der Burg, mag er Euch recht erquicken und den letzten Staub der Landstraße wegpülen —“

„Dante, Alter —“
Jörg nahm den Humpen und trank den Willkommenstrich. Er hatte in der Tat — zumal nach dem Erleben mit Bärbele — einen rechtshaffenen Durst. Dann ging der Humpen weiter unter den Betruenen, die mit ihm heimgelehrt waren.

Und nun hinauf — zum Alten.
Er wußte nur zu gut, der Graf Beveging und Junker Walter hatten es keineswegs für richtig, ihn gemeinsam mit dem Gesinde auf dem Hofe zu empfangen. Sie erwarteten ihn in der Halle. Nun also — sollten sie ihren besondern Empfang haben.

Graf Siegbert von Beveging kam ihm, auf den Stod gestützt, entgegen. Mit Stolz ruhte sein Blick auf der prachtvollen, kühnen Erscheinung seines Jüngsten, legte ihm mit väterlicher Gebärde die Hand auf das Haar und zog ihn dann leicht an sich.

Junker Walter stand abwartend hinter dem Eichenstock. Etwas Bauern-Boshafes flackerte umher in seinem Blick.
„Vater da bin ich also wieder. Heil und gesund. Was ist's wieder mal mit Fehde und Kriegslärm. Wird nun länger hiebleiben.“

„Es sollte mich freuen, Jörg. Gibt auch hier allerlei zu tun, mein' ich —“

Jörg blickte zum Bruder hinüber.
„Darfst mir schon die Hand reichen, Bruderherz. Hab' allerdings noch den Landstraßenstaub an den Fingern. Deine Hände sind weiß wie immer. Troghum —“

Jögernb reichte Junker Walter die Hand über den Tisch.



hat, als es in der Beweisaufnahme festgestellt werden konnte. Es erscheint unsahbar, daß er als Kirchenfürst einer Diözese nicht gewußt haben soll, um was für finanzielle Dinge es sich handelte. Der Bischof hat zum mindesten fahrlässig gehandelt. Er kann sich nicht darauf berufen, daß er seine Verantwortung in finanziellen Dingen auf seinen Generalvikar übertragen habe.

Auch aus dem Gutachten des Bischofs von Berlin geht die Unrichtigkeit seines Standpunktes hervor, daß er sich unbedingt auf seinen Generalvikar habe verlassen können. Er hat ihm keine Generalvollmacht in dieser Richtung erteilt, sondern hat sich auch weiterhin um die finanziellen Angelegenheiten gekümmert. Bei der Bedeutung, die die Anleiheangelegenheit besaß, mußte er auch den Einzelheiten sein Augenmerk zuwenden. Das Verschulden, das ihm zur Last gelegt wird, seine Fahrlässigkeit, liegt darin, daß er es an der erforderlichen Sorgfalt, die man von ihm verlangen kann und verlangen muß, hat fehlen lassen und daß er sich über die Vorgänge, über die er sich unterrichten mußte, fahrlässigerweise nicht unterrichtet hat. Der Bischof mußte sich umso mehr über die Anleiheangelegenheit unterrichten, als ihm die Stellungnahme der Devisenstelle in Dresden zu dem Tilgungsplan bekannt war, und als dieser durch einen neuen ersetzt wurde, hätte er zum mindesten der Devisenstelle diesen neuen Plan zur Begutachtung vorlegen müssen.

Zur Durchführung dieses Planes hat der Bischof sogar Geldüberweisungen angeordnet, also eine Verfügung getroffen, die nach Paragraph 13 Absatz 2 der Devisenverordnung der Genehmigung der Devisenstelle bedürftig hätte. Ein Vorbehalt läßt sich einwandfrei nicht feststellen, sondern lediglich Fahrlässigkeit. Hätte der Bischof die von ihm zu verlangende Sorgfalt angewandt und die Devisenstelle befragt, dann würde er darüber unterrichtet worden sein, daß in der in Aussicht genommenen Weise nicht verfahren werden könnte.

Den drei Angeklagten wird weiter vorgeworfen, daß sie mit Hilfe der nach Holland hinübergeschickten Gelder Obligationen aufgekauft und die hierzu erforderliche Genehmigung nicht nachgesucht haben. Beim Bischof läßt sich nicht feststellen, daß er von den Käufen im Auslande unterrichtet gewesen ist.

Der Vorsitzende kommt dann auf die Frage einer möglichen Anwendung der Amnestie zu sprechen, die nach Auffassung der Kammer zu verneinen ist. Er erklärt, daß nach dem Stichtag für die Volksoverratsangelegenheit, dem 17. Oktober 1934, bis mindestens Ende November 1934 Obligationen aufgekauft worden sind. Deshalb sei auch die Volksoverratsangelegenheit gemäß dem Steueranpassungsgesetz unrichtig.

Die Frage, ob die Taten der beiden Angeklagten Dr. Theodor Vegge und Dr. Soppa im Sinne des Gesetzes als besonders schwere Fälle anzusehen seien, hat das Gericht bejaht, besonders mit Rücksicht auf die Höhe des planmäßig verschobenen Betrages und die Art, wie man das Geld durch das Hin- und Herziehen von getarnten Konten über die Grenze verschoben hat. Besonders erschwerend sei die Persönlichkeit der Angeklagten ins Gewicht fallen, von denen man als Geistlichen verlangen muß, daß sie nur das tun, was erlaubt und rechtens ist. Der Angeklagte Dr. Theodor Vegge sei schon in Paderborn vor Dr. Hofius gewarnt worden. Trotzdem wollte er dem Gericht vormachen, er habe über dessen Persönlichkeit nichts gewußt.

Den Angeklagten Dr. Theodor Vegge und Soppa wären die bürgerlichen Ehrenrechte abzunehmen, weil sie sich in ihrer Stellung und als Geistliche zum Volksoverrat hergegeben haben und entgegen den Lebensinteressen des deutschen Volkes an der verbotswidrigen Herausführung von großen Beträgen ins Ausland mitgewirkt haben. Die Wiltshaltung des Bistums Meissen sei für die verhängten Kosten gegen die Angeklagten Peter Vegge und Soppa ausgesprochen worden.

Sodann verhandelte der Vorsitzende die Aufhebung des Haftbefehls gegen den Bischof von Meissen und schloß die Verhandlung.

Die erste Reichsschulungsburg Erwitte

Pippstadt, 24. Nov. Am Sonntag wurde die erste große Reichsschulungsburg Erwitte in der Nähe des wüstfälischen Städtchens Pippstadt im Rahmen einer politischen Großkundgebung durch Reichsorganisationsleiter Dr. Ley geweiht und übergeben.

Neben der alten Wasserburg Erwitte, die innen und außen erneuert und umgebaut wurde, und neben dem alten Reitergebäude ist ein neues Verwaltungshaus sowie ein Wohnhaus für Lehrer und Angestellte geschaffen worden. Abseits von dem Treiben der Großstädte können hier in jedem Lehrgang 300 Teilnehmer erfaßt werden. Der erste Lehrgang, der bereits seit dem 10. November läuft, umfaßt Hoheitsträger und Kreisamtsleiter aus allen Teilen des Reiches.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley gab bei seiner Ansprache eine Rückschau auf zwei Jahre weltanschaulicher Schulungsarbeit. In hundert Gau- und sechs Landesburgen sei vorbildliche Arbeit geleistet worden. Zu der ersten größeren Reichsschulungsburg, die heute eröffnet werde, werden im nächsten Frühjahr drei gewaltige Kulturwerke, drei Ordensburgen hinzukommen, die so groß und gewaltig seien, wie es ähnliche in Deutschland bisher nicht gegeben habe. Diese Burgen in der Eifel, im Allgäu und in Pommern würden zum 1. Mai dem Führer und der Partei übergeben.

Memelländischer Landtag einberufen

auf 28. November

Memel, 24. Nov. Der memelländische Landtag ist für den 28. November einberufen worden. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die Aussprache über den Gang der Direktoriatsbildung.

Die Bildung des Direktoriats ist noch nicht erfolgt. Der Gouverneur des Memelgebietes, der zugesagt hatte, am Freitag weiteren Bescheid zu geben, ist mit Landtagspräsident Waldzus am Freitag nicht in Pilsung getreten.

Die Antwort Frankreichs an Italien

Paris, 23. Nov. Die am 19. November vom Ministerpräsidenten Laval dem italienischen Botschafter in Paris überreichte Antwort besagt u. a.: Besonders Frankreich mußte das Gewicht von Verpflichtungen um so stärker empfinden, als es den heißen Wunsch hatte, sie mit seiner Anhänglichkeit an die italienisch-französischen Freundschaftsbande in Einklang bringen zu können. Die französische Regierung wird sich daher darauf beschränken, daran zu erinnern, daß am 7. Oktober die Vertreter aller im Völkerbundrat sitzenden Regierungen mit Ausnahme der italienischen, bei der Gegenüberstellung unbestrittener Tatsachen mit den gebietsergebnissen der Völkerbundverhandlungen feststellen mußten, daß die italienische Regierung in Verletzung des Art. 12 zum Kriege ihre Zuflucht genommen hatte. Gleichviel, welche Freundschaftsgeföhle sie gegenüber Italien hegt, war sie daher nicht imstande, diese Feststellung zu verweigern. Aus dieser Lage ergaben sich unvermeidliche Folgen.

Gegen die Verpflichtungen der Völkerbundverhandlungen zu verstoßen hätte bedeutet, für die Zukunft die Möglichkeiten der Anwendung von Bestimmungen in Frage zu stellen, die ein wesentliches Element der den Völkerbundmitgliedern gewährleisteten Kollektivsicherheit bilden. Dieser abenteuerliche Grund

verbietet es trotz der Sorge um die französisch-italienischen Beziehungen und trotz der Geföhle sowie trotz der Beeinträchtigungen, die sich für die französische Wirtschaft daraus ergeben, der französischen Regierung, die schon auf den 18. November anberaumte Anwendung von Maßnahmen aufzuschieben, denen sie sich anzuschließen erklärt hat. Die französische Regierung ist nichtsdestoweniger mit den anderen Völkerbundmitgliedern einig in der Auffassung, daß die Anwendung der Völkerbundverhandlungen, die in Art. 16 pflichtgemäß gewisse Einschränkungsmaßnahmen enthalten, ihnen außerdem die moralische Pflicht auferlegt, möglichst rasch eine friedliche Beilegung des jetzigen Streites zu suchen.

Die italienische Regierung weiß, daß die französische Regierung keine Bemühung in diesem Sinne veräußert hat, und daß sie auf diesem Wege beharren wird, wobei ihre Betätigung und die der englischen Regierung auf der letzten Sitzung des Verbindungsausschusses unterstützt wurde. Die französische Regierung legt in Erwartung dessen, daß eine Regelung des Streites von den Völkerbundverhandlungen vorgeschriebenen Maßnahmen ein Ende bereitet, Wert darauf, zu betonen, daß keine dieser Maßnahmen gegenüber Italien den Charakter einer feindlichen Handlung hat, den die italienische Regierung ihnen beilegen zu können glaubt. Italien, das bei der Gründung des Völkerbundes jene hervorragende Rolle gespielt hat, an die die italienische Regierung erinnert, kann diese Wahrheit nicht verkennen. Das ist der Wunsch, den die französische Regierung äußern zu können glaubt.

Die britische Antwort an Italien

London, 23. Nov. Die britische Antwort auf die italienische Protestnote wegen der Sühnemaßnahmen stellt fest, daß die Völkerbundversammlung, der Völkerbundrat und die anderen Organe des Völkerbundes sich der Schwere ihrer Verantwortung und der Interessen Italiens ständig bewußt gewesen seien. Die britische Regierung sei sich dieser Tatsache so sehr bewußt, daß sie der Ansicht sei, es habe keinen Zweck, eine Aussprache über die in der italienischen Note erörterten Fragen von neuem zu eröffnen. Die britische Regierung verhalte keineswegs ihr Bestreben, soweit das in ihrer Macht als Mitglied des Völkerbundes liege, so früh wie möglich eine Regelung des zur Zeit bestehenden bedauerlichen Streites herbeizuführen. Sie fühle sich jedoch nicht in der Lage, gänzlich über die Unterstellung hinwegzugehen, die im letzten Absatz der italienischen Note enthalten sei, wonach anzunehmen sei, daß die britische Regierung in ihrer „freien und souveränen Beurteilung“ die Freiheit habe, ihre Ziele und ihre Handlungsweise festzusetzen. Die britische Regierung habe, als sie den Völkerbundspakt unterschrieben habe, tatsächlich nicht ihre eigene freie und souveräne Beurteilung ausgeübt oder hierauf verzichtet, habe aber die Absicht gehabt, diese Beurteilung in Zukunft in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen des Völkerbundes auszuüben. Keine andere Haltung sei für die britische Regierung möglich; sie halte es daher naturgemäß für wünschenswert, daß die italienische Regierung ihrer Mitgliedschaft beim Völkerbund eine gleiche Deutung gebe.

Die englische Presse über die Antwortnote

London, 23. Nov. Die englische Antwortnote an Italien findet in der Morgenpresse eine geteilte Betrachtung. Die Blätter vergleichen mit ihr die französische Note und glauben, daß deren Ton gegenüber der englischen Note freundschaftlicher und verständlicher gehalten ist.

„Daily Telegraph“ schreibt, die englische Note bringe zum Ausdruck, daß das Genfer Urteil unabänderlich gefaßt sei. Zwischen Regierungen, die so völlig entgegengesetzte Auffassungen ihrer Pflichten gegenüber dem Völkerbund aufzuweisen hätten, gebe es bedauerlicherweise keine gemeinsame Grundlage. Großbritannien und die anderen Staaten hätten ihre Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund erfüllt, während Italien sie unglücklicherweise nicht erfüllt habe. Die Note lasse auch durchblicken, daß die französische Regierung noch keine Vorzüge für eine praktische Durchführung der gegenseitigen englisch-französischen Unterstützung im Mittelmeer getroffen habe. Allerdings folgere daraus nicht, daß Frankreich sich dem Wunsche der Völkerbundstaaten nach Anwendung von Sühnemaßnahmen in Form von Ausfuhrverboten für Öle, Kohle und Schrotteisen widersetzen werde.

Drohung des amerikanischen Handelsministeriums

Washington, 23. Nov. Das Handelsministerium, hat denjenigen Schiffsfahrtslinien der Vereinigten Staaten, die Kriegsmaterial nach Italien zur Verladung bringen, mit Kreditperre gedroht. Das Ministerium soll bereits, wie man hört, mehrere Schiffe mit Ladungen über italienische und abessinische Rechnung aufgehalten haben. Trotzdem zeigen die Ausfuhrziffern im Oktober für die Ausfuhr nach Italien eine Steigerung von 5 063 700 Mark gegenüber dem September.

Amerikanischer Dampfer in See gegangen

Newport, 23. Nov. Der amerikanische Dampfer „Oregon“, der eine Fracht von 36 000 Fässern Petroleum für italienische Rechnung an Bord genommen hatte, mußte einige Tage im Hafen von San Pedro (Kalifornien) liegen bleiben. Die Besatzung hatte sich geweigert, an Bord des Schiffes weiter Dienst zu tun. Dem Dampfer ist es jetzt gelungen, eine nicht organisierte Besatzung zusammenzubekommen. Die „Oregon“ hat daraufhin am Freitag den Hafen von San Pedro verlassen können und ist in See gegangen.

Polen und die Sühnemaßnahmen

Warschau, 23. Nov. Die polnische Note, die in der Frage der Sühnemaßnahmen der italienischen Regierung zugegangen ist, weist, wie Regierungsblätter berichten, darauf hin, daß Polen in seiner Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes die sich aus dieser Tatsache ergebenden Verpflichtungen erfüllen und daher die Sühnemaßnahmen ohne Rücksicht auf die herkömmlichen Freundschaftsbande zwischen Italien und Polen haben anzuwenden müssen.

Polnische Note in Prag überreicht

Beschwerde wegen der Behandlung der polnischen Minderheit

Warschau, 23. Nov. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist in Prag eine polnische Note über die polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen und die Lage der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei überreicht worden. Eine Veröffentlichung der polnischen Note scheint nicht beabsichtigt zu sein.

Demnach ist also anzunehmen, daß auch die Note der polnischen Regierung ebenso, wie es in halbamtlichen Kreisläufen und in der Regierungspresse wiederholt betont worden ist, auf dem Standpunkt steht, daß ein Schiedsverfahren zwischen Polen und der Tschechoslowakei nicht in Frage komme und daß eine Entspannung der Beziehungen lediglich von einer Änderung der Politik der Tschechoslowakei gegenüber der polnischen Minderheit abhängt.

Eben über die englische Außenpolitik

London, 23. Nov. Die erste politische Rede nach den Parlamentswahlen wurde vom Völkerbundsminister Eden in einer Versammlung des englischen Völkerbundsverbandes in Edinburgh gehalten.

Zur Außenpolitik erklärte Eden, daß das System des Mächteausgleiches gescheitert sei. Bei einer Gelegenheit zum mindesten sei der Krieg möglicherweise deshalb ausgebrochen, weil die Stellung Englands falsch berechnet worden sei. Der Völkerbund biete die Mittel, um die Wiederholung einer derartigen Lage zu vermeiden. Er, Eden, zähle zu denen, die glauben, daß Großbritannien eine Rolle in der europäischen und in der Weltpolitik zu spielen habe. Diese Rolle aufzugeben, würde den geschichtlichen Überlieferungen Englands nicht entsprechen. Er betrachte eine Absonderungspolitik für England als eine selbstschädigende Gemeinheit. Wenn jedoch der Völkerbund zu Grunde ginge, dann wäre es wohl möglich, daß die Absonderungspolitik den Engländern aufgezwungen werden könne. Eine solche Politik wäre jedoch voll Gefahren für die nationale Sicherheit Englands. England könne wohl politisch aber nicht geographisch abgefordert sein.

Keine einzige Nation, so fuhr Eden fort, habe sich mit Eifer und Zufriedenheit an der Sühnepolitik gegen Italien beteiligt. Es sei eine unwillkommene Pflicht, die überdies einen Verlust des Handels und in einigen Fällen sogar einen beträchtlichen Verlust für die teilnehmenden Staaten mit sich bringe. Die Welt habe jedoch niemals zuvor eine ähnliche Kundgebung gesehen, und die Einkümmigkeit und Schnelligkeit, mit der sie durchgeführt worden sei, stelle etwas Neues in den Annalen der internationalen Beziehungen dar. Ein späterer Geschichtsschreiber werde möglicherweise die letzten Monate als die entscheidenden Tage in der Schaffung der Völkerbundsautorität bezeichnen. Der Völkerbundsminister wiederholte dann, daß England eine Regelung des italienisch-abessinischen Streitfalles, die für alle beteiligten drei Parteien annehmbar wäre, befürworten würde.

Wie auch der Ausgang der gegenwärtigen Schwierigkeiten sein werde, schloß Eden, so sei er überzeugt, daß sich die Welt — wenn auch manchmal mit zögernden Schritten — in ein Zeitalter bewegen, in dem die Nationen sich bestreben, einander zu verstehen und dadurch Verdächtigungen zu beseitigen und mit einem größeren Vertrauen zu versuchen, für die Aufrechterhaltung des Friedens zusammenzuarbeiten.

Schritte Italiens in den Detsausfuhrländern

Paris, 24. Nov. Die Pariser Presse, die die Besuche der englischen Botschafter in Paris und Rom bei den dortigen Ministerpräsidenten hervorhebt, bespricht einerseits die Fortsetzung der Vermittlungsführung, andererseits aber auch die Möglichkeit eines Petroleumzufuhrverbots, das nach ihrer Ansicht den Sühnemaßnahmen eine besondere Härte geben würde.

Das „Echo de Paris“ weist darauf hin, daß sich Italien die bisherigen wirtschaftlichen Sühnemaßnahmen zwar habe gefallen lassen, daß es aber eine Sperrung der Petroleumzufuhr als feindselige Handlung ansehen würde. Diese Ansicht hätten auch die Botschafter Italiens in London, Washington und Moskau sowie die italienischen Gesandten in Subaspeß und im Haag mitgeteilt. Nach dem Urteil des Außenpolitikers des „Echo de Paris“ könne sich aber der Genfer Verbindungsausschuß nur schwer mit milden Sühnemaßnahmen begnügen, wenn er nicht gegen den Artikel 16 verstößen wolle.

Rom meldet die Unterwerfung von Ogaden

Rom, 24. Nov. Von italienischer Seite wird gemeldet, daß nach den soeben aus Osharka eingetroffenen Nachrichten die gesamte Bevölkerung von Ogaden sich freiwillig Italien unterworfen habe. Gleichzeitig sollen 5000 Bewaffnete zu den italienischen Fahnen übergegangen sein, um hinfort auf seinen Italiens zu kämpfen. Italien habe damit ebenso wie von Tigre endgültig von Ogaden Besitz ergriffen und werde, wie man hier erklärt, diese beiden Provinzen sich in etwaigen späteren Verhandlungen unter keinen Umständen wieder abhandeln lassen.

Abessinische Nachtangriffe

Addis Abeba, 23. Nov. Nach den letzten Berichten von den Fronten sind die Abessinier im Norden und im Süden dazu übergegangen, die italienischen Linien durch Nachtangriffe mit größeren Abteilungen zu beunruhigen. Sie wollen dadurch die rückwärtigen italienischen Verbindungen abschneiden, so daß der Vormarsch der italienischen Truppen, der an einigen Frontstellen noch anhält, endgültig zum Stillstand kommt. Planmäßig werden, so wird gemeldet, die italienischen Munitionen, Lebensmittel- und Waffenkolonnen für die vorderen Linien abgefangen. Bis zum Samstag haben die Abessinier 24 Tanks erbeutet. Im Kampf gegen die italienische Tankwaffe benutzen die Abessinier, wo das Gelände es erlaubt, Elefantentassen. An Stellen, wo diese nicht angelegt werden können, messen sich immer Freiwillige, die unter Einsatz ihres Lebens mit List und Dynamit den Tanks auf den Leib rücken. Sie lassen die Tanks vorüberfahren und fallen sie dann mit größeren Dynamitmassen von hinten an, um sie in die Luft zu sprengen.

Unmittelbar nach Beendigung der Besichtigungsreise des Reg. aus haben an der Südfont auf abessinischer Seite umfangreiche Vorbereitungen für Kampfhandlungen begonnen.

Neue bulgarische Regierung

Sofia, 24. Nov. Das Kabinett Tocheff ist am Samstag mit tag zurückgetreten. Ministerpräsident Tocheff war um 11 Uhr vom König empfangen worden, um den Rücktritt des Kabinetts einzureichen. Er erklärte beim Verlassen des Schlosses, daß ihn die Rücktrittserklärung des Verkehrsministers Kojuscharoff zur Einreichung des Rücktrittsgesuches veranlaßt habe, zumal auch vor einigen Tagen Finanzminister Kiosoff aus der Regierung ausgeschieden sei.

Der König vollzog am Nachmittag die Ernennung des neuen Kabinetts, das folgende Zusammensetzung hat:

Ministerpräsident und Außenminister: Kisse-Zwanoff,

Innenminister: General a. D. Sappoff,

Finanzen: Der bisherige Vizegouverneur der Bulgarischen Nationalbank, Guneff,

Krieg: Divisionskommandeur General Luloff.

Das Wirtschaftsministerium ist wieder wie bis zum Staatsstreich vom 19. Mai 1934 zweigeteilt worden: Landwirtschaft: Professor Atanasoff, Handel: Großkaufmann Waleff.

Kreuzer „Helli“ vor Korfu

Athen, 24. Nov. Am Sonntag morgen befand sich der Kreuzer „Helli“ mit dem Kommando von Griechenland an Bord auf der Höhe von Korfu und wurde mit 21 Schüssen Salut begrüßt. Der Kreuzer fuhr dicht am Kai vorüber, so daß die aus dem ganzen Lande herbeigeströmte Menge ihren König begrüßen konnte. Der König war in Admiralsuniform und in seiner Begleitung befanden sich der Kronprinz und Admiral Sakellari. Die Begleitung des Volkes war unbeschreiblich.

Soziales

Wildbad, den 25. November 1935.

Hauptversammlung des Winterportvereins. Der Winterportverein Wildbad hat seine Mitglieder zur Hauptversammlung in den „Röhlen Brunn“, um ihnen die Ziele und Wege des Vereins für den Winter 1935-1936 zu zeigen. Vorstand Hermann A. B. E. L. eröffnete gegen 10 Uhr die Versammlung und begrüßte die Interessensorgane der Mitglieder, welche sich an dem schlechten Besuch feststellen ließ. Jeder, so führte der Vorstand aus, sind sich die Mitglieder der großen Aufgabe nicht bewußt, welche sie dem Allgemeinwohl der Wildbader Bevölkerung, somit auch sich selbst schuldig sind und zu lösen haben. Der Verein ist nicht bloß ein Vergnügungsverein, sondern in rein sportlicher und wirtschaftlicher Hinsicht Wildbad zu fördern. Nach dem Rückblick, den der Vorsitzende über den vergangenen Winter hielt, konnte der Verein schöne Erfolge verzeichnen. Durch die Arbeitsgemeinschaft der nahen Vereine konnte der Winterportverein einige Veranstaltungen nach Wildbad bringen. Jedoch, so stellte der Vorsitzende fest, zeigten sich Mängel an den ungenügenden Einrichtungen, die der Durchführung einer einwandfreien Veranstaltung hindernd sind. Das äußerte sich auch durch die anderen Vereine, welche bemüht sind, sich laufwärts ein eigenes Schi-Gelände zu schaffen. Der Vorsitzende warf die Frage auf, ob es nicht für Wildbad wünschenswert sei, eine neue Sprungchanze zu schaffen, oder die Übungsfelder auszubauen, wozu die Mittelfeld der Stadt unbedingt nötig ist. In diesem Zusammenhang richtete der Vorsitzende an Bürgermeister Kießling, der zur Versammlung erschienen war, die Bitte, auch den Kurverein zur Werbung und Mitarbeit für den kommenden Winter und alle Zeit zu gewinnen. Nun folgte die Verlesung des Kassensberichts, der ein befriedigendes Ergebnis hatte. — Der Vorsitzende dankte darauf seinen Mitarbeitern, welche ihm stets treu zur Seite standen und legte sein Amt und 157 Mitglieder zur weiteren Beirung in die Hände des Herrn Bürgermeisters. — Bürgermeister Kießling nahm hierauf das Wort und betonte, daß es gerade hier gäbe, starke Männer am angefangenen Werk festzuhalten; man möge sich nicht durch kleine Unstimmigkeiten entmutigen lassen. Er versprach, sich mit ganzer Kraft der Sache zu widmen. Wohl hätten die schlechten Schneeverhältnisse der letzten Jahre mit dazu beigetragen, den Verein zu erschüttern und darum sei es Pflicht der Mitglieder, mitzuarbeiten, um dem Verein eine feste Grundlage zu geben. In seinem Schlusswort richtete Bürgermeister Kießling an den bisherigen Vorsitzenden die Bitte, das Amt als solcher weiterhin zu behalten, was von den Mitgliedern begrüßt wird. Sich zur Seite stellt Vorsitzender Alberto als Stellvertreter Eugen Bachner; als Kassier R. Beck, als Schriftführer Hermann Gutbub, als Sportwart Ernst Schmollinger, als Jungmannenwart Walter Kiefer, als Beisitzer Hermann Maier, Otto Kubler. Ueberraschend für die Versammlungsteilnehmer waren die Ausführungen des Ehrenmitgliedes Th. Haug, der die Vorarbeiten über das Projekt einer neuen Sprungchanze in der Wolfsschlucht bekannt gab. Es kam noch zur Verteilung einer Anzahl Sieger-Urkunden, welche sich die aktiven Sportler letzten Winter erkämpft haben. Großen Beifall fand die Bekanntgabe, daß die Sportkollegin, Vera Stephan zur Auswahlmannschaft der Olympiade 1936 auserwählt wurde. Herzliche Glückwünsche zeigten, daß der Verein sie gerne als Siegerin der Olympiade sehen möchte. Mit einem Sieg heil auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler schloß der Vorsitzende die Versammlung. Daran anschließend war ein gemütliches Beisammensein mit Tanz und die Festenden haben durch ihr Fernbleiben einen schönen Abend verdammt.

Württemberg

46 Massenveranstaltungen in Stuttgart

Stuttgart, 23. Nov. Unter der Parole „Weiter im Kampf gegen die Feinde der Nation, für Ehre, Freiheit und Brot“ ging im Rahmen der großen Aufklärungsaktionen, die die NSDAP im ganzen Gauebiet vor Weihnachten durchführt, am Freitagabend die zweite große Versammlungswelle über Stuttgart hin. Zehntausende Männer und Frauen folgten dem Ruf der Partei in die 46 Versammlungen, in denen die besten Redner der Bewegung Stellung nahmen zu den Tagesfragen, wie zu den kommenden Aufgaben der Nation. Aus der Vielzahl der Versammlungen heben wir als markanteste die Kundgebung im Festsaal der Lieberhalle heraus, in der der stellv. Gauleiter Friedrich Schmidt sprach. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal von etwa 4000 Menschen bis auf den letzten Platz gefüllt. Heute wie in früheren Jahren haben wir, so führte er u. a. aus, das Recht, vor das Volk zu treten und ihm die politischen Tatsachen von gestern und die politischen Notwendigkeiten von morgen klarzulegen. Die größten und schwersten Aufgaben haben wir noch vor uns liegen. Wir können sie nur lösen, wenn wir mit dem Volk in Verbindung bleiben. In eingehenden Ausführungen würdigte der Redner dann die Erfolge der vergangenen drei Jahre, vor allem die Schaffung der Wehrfreiheit und die Erfolge der Arbeitschlacht. Der deutsche Name hat wieder einen Klang im Kreise der Völker. Was das Ausland uns auch nicht liebt, so achtet es uns doch. In nicht einmal drei Jahren hat sich Deutschland aus einem Volk vierten Grades zu einem Volk ersten Ranges emporgearbeitet. Eingehend besuchte sich der Redner mit der Gefahr des Bolschewismus, wobei er erklärte, daß Deutschland die Kriegserklärung der Komintern nicht fürchtet. Sodann sprach der Redner zu Wirtschaftsfragen und vor allem über die Frage, die in aller Munde ist, der Fettverknappung. Der Redner führte hierzu aus, daß es richtig ist, daß wir in Deutschland im Augenblick weniger Fett haben als vor einem Jahr. Der Prozentfuß ist aber so gering, daß bei einiger Disziplin es möglich sein muß, recht bald über die Schwierigkeit hinwegzukommen. Zu den Stuttgarter Verhältnissen erklärte der Redner, daß er festgestellt habe, daß heute noch genau so viel Butter angeliefert und verkauft wird wie Anfang August. Wo kommt nun diese Butter hin? Der Mangel rührt einfach daher, daß viele gewissenlose Elemente, vor allem die wirtschaftlich Bessergestellten, hamstern. In seinen weiteren Ausführungen erläuterte der Redner das höchste Ziel der Bewegung, nämlich die Volkwerdung der Nation. In diesem Zusammenhang betonte der Redner auch, daß über der Bekanntheitsgemeinschaft die Volks-

gemeinschaft stehen muß. Blut und Masse sind für uns keine Götzen, sondern Schöpfungen Gottes; sie können daher nicht im Widerspruch zum Christentum stehen. Eine neue Religion zu schaffen, lehnt der Nationalsozialismus ab. Der Redner schloß seine von lebhaftem Beifall unterbrochenen Ausführungen mit einem Bekenntnis zum Führer und zum ewigen Deutschland.

Und wie in der Lieberhalle, so war es auch in den anderen 45 Versammlungen: überall volle Säle, große Begeisterung, ein Beweis, daß Stuttgart Bevölkerung hinter Führer, Staat und Partei steht.

Aufruf von Landesbauernführer Arnold zum zweiten Jahr der Erzeugungsschlacht!

Schwäbische Bauern und Landwirte!

Auf dem 2. Reichsbauerntag 1934 hat der Reichsbauernführer das deutsche Bauerntum zur Erzeugungsschlacht aufgerufen. Dem deutschen Volk wurde damals die große Aufgabe übertragen, für die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Scholle zu sorgen. Die deutsche Heimat Erde soll allen Deutschen ihr täglich Brot geben. Betrachten wir rückwärtend das erste Jahr der Erzeugungsschlacht, so muß man erkennen, daß auf dem Gebiet der Eigenversorgung ein erheblicher Schritt vorwärts getan wurde.

Am 16. März d. J. hat unser Führer dem deutschen Volk die Wehrfreiheit wieder gegeben. Ein starkes deutsches Heer schützt wieder die deutsche Heimat und damit unsere friedliche Bauernarbeit.

Des deutschen Volkes Wehrfreiheit kann aber nur dann gesichert sein, wenn auch die Nahrungsfreiheit gegeben ist. Erst die Sicherstellung unserer Nahrungsfreiheit kann unsere Wehrhaftigkeit gewährleisten. Es sind deshalb der Nährland und der Wehrstand gemeinsam die Garanten unserer deutschen Freiheit und eines dauernden Friedens.

Mit der Sicherstellung unserer Nahrungsfreiheit schafft aber die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht zugleich gewisse Voraussetzungen zur Gewinnung der Arbeitskraft des deutschen Volkes. Unsere nationalsozialistische Agrarpolitik dient also nicht nur dem Bauernstand; die Arbeit des Reichsnährstandes wird für das ganze deutsche Volk geleistet.

Mit dem 3. Reichsbauerntag, der wiederum ein neues Bekenntnis zum Gedanken von Blut und Boden, zur nationalsozialistischen Weltanschauung war, sind wir in den zweiten Kampfabschnitt der Erzeugungsschlacht getreten. Noch ist der Endserfolg, die deutsche Nahrungsfreiheit, nicht errungen — sie konnte auch in dem Zeitraum eines knappen Jahres nicht errungen werden. Das zweite Jahr der Erzeugungsschlacht soll Deutschland aber auf dem Wege zur endgültigen Sicherung der deutschen Nahrungsfreiheit einen wesentlichen Schritt weiterbringen. Gleichzeitig weise ich auf die Rede des Stellvertreters des Führers in Goslar hin, in welcher er die Erzeugungsschlacht als Abwehrschlacht gegen den Bolschewismus bezeichnete.

Das deutsche Volk, unsere deutsche Ernährungswirtschaft ist die Grundfäule im Aufbau unserer neuen deutschen Volksordnung. Diese Erkenntnis, daß der Bauer das Rückgrat der Nation ist, überträgt dem Bauernstand eine große Verantwortung. Das deutsche Volk soll aber zuerst auf seinen Nährstand schauen. Das Bauerntum weiß, daß von der Erfüllung der mit der Erzeugungsschlacht gestellten Aufgaben die Zukunft unseres Volkes und das Leben jedes einzelnen Deutschen abhängt.

Schwäbische Bauern und Landwirte!
Die Erzeugungsschlacht geht weiter. Der Führer erwartet von uns Bauern, daß wir durch unserer Hände Werk für alle das tägliche Brot schaffen, daß wir unserer Pflicht, unserer harten Bauernarbeit leben. Unsere letzte Kraft wollen wir zur Erringung des Sieges für die Nahrungsfreiheit einsetzen.
gez. Arnold,
Landesbauernführer, M.d.R.

Stuttgart, 24. Nov. (Verkehrsunfall.) Zu einem Unglücksfall mit Todesfolge kam es am Samstag auf der Kreuzung der Rosenberg- und Falkertstraße. Dort wollte der Lenker eines auswärtigen Personkraftwagens vor einem herannahenden Straßenbahnzug der Linie 6 die Rosenbergstraße überqueren. Dabei wurde jedoch sein Fahrzeug noch von der Straßenbahn erfasst und zur Seite geschleudert, so daß es an der Straßenecke auf den Gehweg fiel, wodurch ein Passant, ein 66 Jahre alter Mann aus Stuttgart, unter das Auto zu liegen kam und sich so schwere Verletzungen zuzog, daß er bis zu seiner Einlieferung in das Krankenhaus verstorben war.

Stuttgart, 24. Nov. (Neuer Pächter.) Wie uns mitgeteilt wird, ist der nach dem Tode Albert Jungelobts zur Neuerpachtung ausgeschriebene Stadtparkbetrieb an Herbert Jannig, den bisherigen Pächter der Wirtschaft in der Stadthalle, vergeben worden.

Kornwestheim, 24. Nov. (Einweihung des neuen Rathauses.) Zu einem freudigen Fest gestaltete sich am Samstag nachmittag die Einweihung des neuen Rathauses mit dem 48 Meter hohen Rathaus- und Wasserturm, an der die ganze Einwohnerschaft und nicht zuletzt die jüngsten

Einwohner der Stadt, die Soldaten, herztlichen Anteil nahmen. Der Einweihungsakt begann mit einer kurzen Vorseier auf dem Jakob-Sigle-Platz vor dem neuen Rathaus. Nach einem Begrüßungswort des ersten Beigeordneten Sigle übergab Stadtbauingenieur Eppler die Schlüssel des Baues dem Bürgermeister Kercher, der sie mit herztlichen Worten des Dankes an alle an dem Bau Beteiligten übernahm. Dann wurden die Flaggen am Turm gehißt. Beim Festakt im Städt. Saalbau sprachen Bürgermeister Kercher, Professor Bonag, Ministerialdirektor Dr. Dill, Kreisleiter Trefz und Landrat Feurer.

Ulm, 24. Nov. (Luis Trenker Film.) Luis Trenker, der für die Rota den Film „Der Kaiser von Kalifornien“ dreht, macht zur Zeit in Ulm Aufnahmen vor dem Hauptportal des Münsters; er hat zu diesem Zweck Gerüste errichten lassen und Kräfte des Stadttheaters als Statisten zugezogen. Er selbst spielt die Hauptrolle des Generals Sutter, ist auch der Verfasser des Manuskripts und führt die Regie. Die Filmhandlung nimmt ihren Ausgang in Ulm; das Ulmer Münster stellt die Kirche dar, in der Sutter Zuflucht sucht.

Ginsterrot, O.A. Döhringen, 23. Nov. (Todesfall.) Der Ehrenbürger der Gemeinde, Gustav Bogelmann, ist in Stuttgart unerwartet rasch verstorben. Mit ihm hat die Gemeinde einen ihrer treuesten Söhne verloren. Er wurde 1869 hier geboren und wanderte Mitte der 80er Jahre nach Südamerika aus, wo er dank seiner Tatkraft, Pflanzenerfüllung und Geschäftstüchtigkeit in verhältnismäßig kurzer Zeit eine bedeutende Stellung errang. Nach dem Kriege kehrte er nach Deutschland zurück, um in Stuttgart seinen Wohnsitz zu nehmen. Seine Heimatgemeinde hat er oft besucht und in der Stille viel Gutes gewirkt.

Chefjetten, O.A. Münsingen, 23. Nov. (Jagdglück.) Ein seltenes Jagdglück hatte der hiesige Jagdpächter W. Mergenthaler aus Stuttgart, indem er auf der Wirtshaus-Verhoffer Weise ein etwa 100 Pfund schweres Wildschwein im Gemeindefeld Horn erlegen konnte.

Havensburg, 23. Nov. (Brandkatastrophe.) Ende Oktober wurden in der Gemeinde Volketsweiler zwei Brände gelegt. In der Nacht zum Donnerstag entstanden wiederum in der gleichen Gemeinde drei Brände. Der Verdacht, daß es sich in allen diesen Fällen um Brandstiftung handelt, hat sich nunmehr bestätigt. Der Täter konnte in der Person des 22 Jahre alten Max Port aus Volketsweiler ausfindig gemacht werden. Nach mehrstündigem Verhör gestand er, sämtliche fünf Brände in der Gemeinde gelegt zu haben.

Koggenzell O.A. Wangen, 23. Nov. (Ueberfahren.) Am Freitag spielten einige Schulkinder auf der Hauptstraße, als gerade ein Fuhrwerk mit Anhängewagen in Richtung Wangen und gleichzeitig ein Lastkraftwagen in Richtung Lindau mit einer schweren Sandladung, gesteuert von einer Frau, vorüberfahren. Die große Gefahr nicht ahnend, sprang im selben Augenblick der 9 Jahre alte Anton Deschler hinter dem Fuhrwerk über die Straße und wurde von den Rädern des Lastautos erfasst und, da die Räder dem Jungen über den Kopf gingen, auf der Stelle getötet.

Ulm, 23. Nov. (Vonder Karlskaserne.) Die Neu- und Umbauten in der Karlskaserne gehen ihrer Vollenbung entgegen. Neu errichtet wurde eine etwa 100 Pferde fassende Stallung gegen die Syllinstrasse zu; im Hinterhof wurden geräumige Fahrzeugschuppen erstellt und ein Teil des Exerzierhauses wurde zu einem Reithaus umgebaut. Beim Richtfest dankte Regierungsbaumeister Hader allen Baubeteiligten. Der Kommandeur des 3. Bataillons des Infanterieregiments 56, Major Bud, brachte den Dank der Truppe zum Ausdruck.

Ulm, 23. Nov. (Tödlicher Unfall.) Der ledige etwa 30 Jahre alte Josef Dürr von Altwind verunglückte auf dem Weg zur Arbeit mit seinem Rad an der oberen Steige bei Hartshausen. Nach seiner Ueberführung in das Ulmer Krankenhaus starb er an den Verletzungen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Vom Büchertisch.

Carl Seeger, Unser Friede. Andachten auf alle Tage des Jahres. Zweite Auflage. 392 Seiten. Gebunden Mk. 3.20. Verlag J. F. Steinkopf, Stuttgart.

Dieses Andachtbuch, das auf häufiges Verlangen hin neu aufgelegt wurde, kann die Freude an gemeinsamer Hausandacht wecken und beleben. Die Andachten sind kurz, keine dauern mehr als drei Minuten, sie reden klar und verständlich zu jedem Lebensalter, reizen zum Nachdenken und geben praktische Handgriffe für den Alltag. Die zugrunde gelegten Bibelworte sind gut ausgewählt, ebenso die Lieder, welche am Schluß, Möge das Buch vielen Familien und auch Allenstehenden einen segensreichen Dienst tun.

Herausgeber und Verlag: Buchbruderei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt Wildbader Badblatt, Wildbad im Schwarzwald (Zwh. Th. Gsch.) Nr. 10, 35, 750. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Wildbad, 21. November 1935.



Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen

Frau Marie Bechtle

erfahren durften, sagen wir herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn Stadtpfarrer für seine trostreichen Worte, sowie für die vielen Kranz- und Blumen Spenden und allen denen, die sie zur letzten Ruhe begleiteten.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Gottlieb Bechtle, Baddiener a. D.
mit Kindern und Enkelkindern.

Werdet Mitglied in der NS. Volkswohlfahrt!

Arbeit schaffen für alle Volksgenossen!

Kauf Arbeitsbeschaffungslose.

ZIEHUNG: 21. u. 22. DEZEMBER
zu 1600000 Gewinne
Lose zu RM. 1.- Doppellos zu RM. 2.-
überall zu haben.